

Ziele freisinniger Bildungspolitik

Positionspapier der Arbeitsgruppe «Bildung und Kultur»

Frühe Kindheit

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass für die Entwicklung eines Menschen der frühen Kindheit grosse Bedeutung zukommt. Um die Chancengleichheit beim Schuleintritt sicherzustellen, müssen Kinder aus sozial schwierigen, zu stark digitalen Medien ausgesetzten und/oder fremdsprachigen Familien schon vor dem Kindergarteneintritt gezielt im Sozialverhalten und in der Sprachfähigkeit gefördert werden. Späterer zusätzlicher Aufwand lässt sich so vermeiden.

Basiskompetenzen stärken

Die Grundkompetenzen Muttersprache und Mathematik sind auf allen Stufen zu fördern und zu fordern. Eine immer kompliziertere Welt verlangt auch überfachliche Kompetenzen. Lebenslanges Lernen ist nötig.

Tagesstrukturen für Schulkinder

Gemäss allen Prognosen werden uns in naher Zukunft viele Fachkräfte fehlen. Bei den heute meist gut ausgebildeten Frauen gibt es da noch grosses Potenzial. Um dieses zu nutzen, muss das Angebot an schulbegleitenden Tagesstrukturen weiter ausgebaut werden. Vor allem in ländlichen Gegenden besteht Nachholbedarf. Gute Lösungen sind möglich, wenn die dafür zuständigen politischen Gemeinden eng mit den Schulgemeinden zusammenarbeiten.

Chancengleichheit

Der Zugang zu den verschiedenen Ausbildungsgängen muss unabhängig sein von Geschlecht, sozialem Milieu und kultureller Herkunft; geregelt wird er einzig durch Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Jugendlichen. Der Zugang für Migrantenkinder und Kinder bildungsferner Familien braucht zusätzliche Förderung.

Integration

Die Integration irgendwie auffälliger Kinder in die Regelklassen hat Grenzen. Sie kann Unruhe in die Klasse bringen, benachteiligt den „Sonderfall“ als auch die Klasse und überfordert die Lehrpersonen. Die Wiedereinführung von Kleinklassen ist in vielen Fällen sinnvoll, vor allem in der Sekundarschule sind die Probleme gross.

Berufliche und akademische Ausbildung sind gleichwertig

Unser duales Berufsbildungsmodell ist ein Erfolgsmodell und zusammen mit einer akademischen Ausbildung auf hoher Stufe von grosser wirtschaftlicher Bedeutung. Die im Thurgau weit unter dem schweizerischen Durchschnitt liegende Maturitätsquote ist zu steigern, ohne den Wert der Berufsausbildung zu schmälern.

Lehrpersonenmangel

Da in den nächsten Jahren die „Babyboomer“ in Pension gehen und die Schülerzahlen steigen werden, wird es bald an Lehrpersonen fehlen. Ohne gut ausgebildete und motivierte Lehrpersonen gibt es aber keine guten Schulen. Die Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen sind daher rechtzeitig dem Umfeld anzupassen und attraktiver zu gestalten. Insbesondere ist zu prüfen, ob nicht die Löhne der Kindergärtnerinnen jenen der Primarlehrpersonen entsprechen sollten. Nicht zuletzt, da die Anforderungen bei der Ausbildung angeglichen wurden.

Beitragsgesetz

Das neue Beitragsgesetz berücksichtigt die Strukturunterschiede zwischen ländlichen und städtischen Schulgemeinden zu wenig. Schulgemeinden erhalten im Gegensatz zu den politischen Gemeinden keine Strukturbeiträge, obwohl in ländlichen Gemeinden viele Schulbusse eingesetzt werden müssen. Da sie meistens verhältnismässig wenige Ausländerkinder unterrichten, erhalten sie auch weniger Beiträge für sonderpädagogische Massnahmen. Da heute aber auch viele Schweizer Kinder sonderpädagogische Massnahmen brauchen, ist das Gesetz in diesem Bereich wie auch im Bereich der Strukturbeiträge zu verbessern.

Strukturreformen

Durch Gebiets- und Strukturreformen (Schaffung von Volksschulgemeinden) sind lebens- und entwicklungsfähige Schulgemeinden zu schaffen.

Kampf der Bürokratie

In den letzten Jahrzehnten haben Bürokratie und Reglementiererei im Schulwesen stark zugenommen. Die beschränkt verfügbaren personellen und finanziellen Mittel sind wieder vermehrt für den Unterricht und nicht für die Amtsstuben einzusetzen.

Arbeitsgruppe «Bildung und Kultur», 2. Februar 2020
Hans Weber, Präsident; Mitarbeit: Maike Scherrer